

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo

Till van Treeck

Auf Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) lassen sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen einer Volkswirtschaft von zwei Seiten betrachten.

Der Außenbeitrag im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf

Der sogenannte Außenbeitrag, auch als Nettoexporte bezeichnet, ist in der Verwendungsrechnung des BIP als die Differenz aus Exporten und Importen von Gütern und Dienstleistungen definiert:

BIP = Privater Konsum und Investitionen + staatlicher Konsum und Investitionen + Exporte – Importe.

Wenn ein Land seine Exporte steigert, dann steigert es unter sonst gleichen Bedingungen auch sein BIP. Wenn beispielsweise ein in Deutschland ansässiges Unternehmen eine zusätzliche Waschmaschine in Deutschland herstellt und nach Spanien verkauft, steigt das deutsche BIP und trägt damit zur Beschäftigung in Deutschland bei, weil für die Produktion der zusätzlichen Waschmaschine zusätzliche Arbeitsstunden notwendig sind. Umgekehrt steigt das spanische BIP, wenn deutsche Urlauberinnen und Urlauber auf Mallorca Geld für ein Hotelzimmer ausgeben. In diesem Fall exportiert Spanien eine Tourismusedienstleistung nach Deutschland, was wiederum in Spanien die Beschäftigung von Arbeitnehmern in der Tourismus-Branche ermöglicht. Umgekehrt sinkt das BIP eines Landes, wenn – unter sonst unveränderten Bedingungen – die Importe steigen. Wenn beispielsweise die Ausgaben der spanischen Privathaushalte für neue Autos von einem Jahr auf das nächste konstant bleiben, aber die Ausgaben für in Spanien produzierte Autos im zweiten Jahr fallen, während die Ausgaben für aus Deutschland importierte Autos steigen, fällt das spanische BIP im zweiten Jahr im Vergleich zum ersten Jahr. Entsprechend fällt in Spanien die Beschäftigung in der Automobilindustrie, während sie in Deutschland steigt.

Weltweit ist die Differenz aus Exporten und Importen immer exakt Null, weil die Exporte des einen Landes immer die Importe eines anderen Landes sein müssen.

Die Leistungsbilanz im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf

Auf der anderen Seite ist der Außenbeitrag eng verknüpft mit der sogenannten Leistungsbilanz, welche aus den **Finanzierungssalden der inländischen Sektoren** hergeleitet werden kann. Wenn die Einkommen von Staat und Privatsektor in einem Land geringer sind als die Ausgaben des Staates und des Privatsektors für Konsum und Investitionen, wenn also **Staat und Privatsektor mehr sparen als sie investieren**, liegt ein Leistungsbilanzüberschuss vor:

Finanzierungssaldo der privaten Haushalte + Finanzierungssaldo der privaten Unternehmen + Finanzierungssaldo des Staates = Leistungsbilanzsaldo.

Der Leistungsbilanzüberschuss eines Landes muss immer mit einem Leistungsbilanzdefizit in mindestens einem anderen Land einhergehen. Denn der **Leistungsbilanzsaldo der Erde ist gleich Null**.

In vielen Ländern entspricht die Höhe des Leistungsbilanzsaldos in etwa der Höhe der Nettoexporte. Die Leistungsbilanz umfasst aber zusätzlich die **Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen** und die **Bilanz verschiedener Übertragungen**. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet, dass das Inland weniger (für Importe, Einkommen und andere Übertragungen) an das Ausland zahlen muss, als es vom Ausland (für Exporte, Einkommen und andere Übertragungen) erhält. Ein Leistungsbilanzdefizit bedeutet umgekehrt, dass das Inland mehr (für Importe, Einkommen und andere Übertragungen) an das Ausland zahlen muss, als es vom Ausland (für Exporte, Einkommen und andere Übertragungen) erhält.

Außenbeitrag und Leistungsbilanz in verschiedenen Denkschulen

Neoklassisch orientierte Ökonomen und Ökonomen argumentieren typischerweise, dass hohe außenwirtschaftliche Überschüsse oder Defizite nicht notwendigerweise ein Problem darstellen, sondern durchaus ein wünschenswertes Gleichgewichtsphänomen darstellen können. Beispielsweise kann erwartet werden, dass Länder mit relativ niedrigem wirtschaftlichem Entwicklungsstand Leistungsbilanzdefizite aufweisen, weil sie ausländische Geldgeber mit Investitionsmöglichkeiten anlocken. Da das Modernisierungspotenzial höher ist als jenes in höher entwickelten Volkswirtschaften, sind für Investoren die potenziellen Renditen attraktiver. So argumentiert beispielsweise **Michael Hüther in seinem Debattenbeitrag**: "Wenn Deutschland spart, dann schafft es damit ein Potenzial für Investitionsfinanzierungen in anderen Ländern, so dass dort Chancen für mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen." Kritisiert werden hier eher Länder mit Leistungsbilanzdefiziten, die Kapitalimporte nicht in ausreichendem Maße für produktivitätssteigernde Investitionen genutzt haben, sondern für Konsum (z.B. für einen zu großen Staatsapparat).

Aus **keynesianischer** Sicht hingegen werden hohe Export- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse oft als Zeichen für eine zu geringe Binnennachfrage interpretiert. Demzufolge gelingt es den Exportüberschussländern nur deshalb, ihre Arbeitslosigkeit gering zu halten, weil andere Länder in großem Umfang und teilweise kreditfinanziert ihre Produkte importieren. Eine typische keynesianische Forderung lautet, dass Länder mit Exportüberschüssen auch in ihrem eigenen Interesse beispielsweise durch höhere Staatsausgaben und ggf. steigenden **staatlichen Haushaltsdefiziten** die Binnennachfrage stärken sollten, um sich unabhängiger von möglichen Schuldenkrisen im Ausland zu machen, wie es etwa **Thomas Fricke in seinem Interviewbeitrag** fordert. Wenn hingegen alle oder zumindest viele Länder Exportüberschüsse anstreben und binnenwirtschaftlich den Gürtel enger schnallen, droht nach keynesianischer Sicht eine internationale Nachfrageschwäche, weil nicht alle Länder gleichzeitig ihre Nachfrage durch Exportüberschüsse stärken können. Keynesianisch orientierte Ökonomen und Ökonomen sehen daher wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf sowohl bei hohen Leistungsbilanzdefiziten als auch bei hohen Leistungsbilanzüberschüssen.

Die Leistungsbilanz im (reformierten) Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP)

Vor der Eurokrise sah der SWP Sanktionen lediglich im Falle von staatlichen Haushaltsdefiziten über drei Prozent des BIP vor. Allerdings gerieten auch Länder wie Spanien und Irland in die Krise, die den SWP bis unmittelbar vor der Krise immer eingehalten und sogar staatliche Überschüsse vorzuweisen hatten. Diese Länder waren vor der Krise durch hohe Leistungsbilanzdefizite gekennzeichnet, weil private Haushalte und Unternehmen deutlich mehr ausgaben, als ihnen an Einnahmen zur Verfügung stand. Sie bauten folglich immer höhere private Schulden auf, die schließlich in die Krise führten. Im Zuge der Krise stieg dann die Staatsverschuldung in diesen Ländern sprunghaft an, weil die Staaten einen Teil der privaten Schulden übernahmen (Stichwort Bankenrettung) und weil durch den Konjunkturreinbruch die staatlichen Einnahmen aus Steuern und Abgaben zurückgingen und die Ausgaben für Transferzahlungen wie Arbeitslosenunterstützung anstiegen.

Seit der Reform des SWP im Jahr 2011 können nun auch Leistungsbilanzdefizite von mehr als vier Prozent des BIP sanktioniert werden. Leistungsbilanzüberschüsse gelten ab einer Höhe von sechs Prozent des BIP als problematisch, sie sollen aber anders als Defizite nicht sanktioniert werden.

Didaktische Anwendungen zum Thema

Zur empirischen Illustration I: **Ersparnis, Investitionen und Finanzierungssalden in der offenen Volkswirtschaft (Deutschland 2015)**

Zur empirischen Illustration II: **Außenbeitrag, Leistungsbilanzsaldo und Staatshaushalt am Beispiel Spaniens**



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. by-nc-sa/4.0
Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-sa/4.0
Autor: Till van Treeck für bpb.de
Urheberrechtliche Angaben zu Bildern / Grafiken / Videos finden sich direkt bei den Abbildungen.